

Tanja Busse

Kornkammer Ukraine Auf Krieg folgt Welthunger

Mit jedem Tag, den der Krieg in der Ukraine dauert, werden auch die globalen Kollateralschäden größer. Das betrifft nicht zuletzt die schon jetzt dramatische Ernährungslage in der Welt.

Die ukrainische Schwarzerde gehört zu den ertragreichsten Böden der Welt. Das Land wird deshalb als Kornkammer Europas bezeichnet. Kein Land der Welt exportiert mehr Sonnenblumenöl als die Ukraine; und auch bei Weizen, Gerste, Mais und Raps zählt sie zu den zehn größten Exporteuren. Doch aufgrund des Krieges können die ukrainischen Landwirte im für die Landwirtschaft so entscheidenden Frühjahr ihre Felder nicht bestellen, weil sie beschossen werden und aller Treibstoff fürs Militär gebraucht wird.

Noch bevor die Aussaat ausfiel, sind die Preise bereits gestiegen. Die Knappheit ist absehbar, das treibt die Spekulation an. Zudem schränkt Russland seine Getreide- und Zuckerexporte ein, um den inländischen Lebensmittelmarkt zu schützen. Auch andere Länder beginnen zu horten.

Wenn aber die Getreidepreise steigen, wächst die Not in Ländern, die von Lebensmittelimporten abhängig sind. Für viele Länder des globalen Südens ist günstiges Getreide überlebenswichtig. Eritrea und Somalia etwa haben 2021 beinahe ihren gesamten Weizen aus Russland und der Ukraine importiert, viele weitere Länder vor allem im Trockengürtel von Marokko bis in den Nahen Osten mehr als die Hälfte.

Bereits jetzt warnen die Vereinten Nationen vor Hungerkatastrophen ungeheuren Ausmaßes in Afrika und Südostasien. Acht bis dreizehn Millionen weitere Menschen könnten als Folge des Krieges den Zugang zu Lebensmitteln verlieren – zusätzlich zu den rund 800 Millionen Menschen, die ohnehin schon an Hunger leiden. Die Lage verschärfend kommt hinzu, dass es sich bei Russland um den größten Exporteur von Düngemitteln der Welt handelt. Schon vor Kriegsbeginn waren die Preise für Dünger

aufgrund der gestiegenen Energiepreise in die Höhe geschossen. Je teurer aber die Düngemittel werden, desto unerschwinglicher werden sie für viele Kleinbauern. Das aber senkt, insbesondere in Afrika, die ohnehin dürftigen Ernten umso mehr – ein wahrer Teufelskreis.

Die EU-Kommission hat schnell auf den Krieg reagiert: Weil Treibstoff, Mineraldünger und Tierfutter teurer geworden sind, will die die EU besonders betroffenen Landwirten in Europa mit einer halben Milliarde Euro aushelfen. Der Schutz der Artenvielfalt soll dagegen warten. Die 2020 beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie für Landwirtschaft und Ernährung wird in großen Teilen ausgesetzt. In ihrer „Farm to Fork“ - Strategie hatte sich die EU auf ein Bündel von Reduktionszielen geeinigt: 25 Prozent der Agrarflächen sollen bis 2030 ökologisch bewirtschaftet werden, vier Prozent der Flächen ab 2030 brach liegen – als Maßnahme gegen das gefährliche Massenaussterben von Arten und gegen die Klimakrise. Doch der Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Prioritäten verschoben: Auf Brachen, die eigentlich der biologischen Vielfalt dienen sollten, sollen nun Landwirte erst einmal doch ackern dürfen, ohne dass Förderungen gestrichen werden. Und die Halbierung des Pestizideinsatzes ist auf unbestimmte Zeit vertagt.

Das Zurückdrehen der Uhren

Auf den ersten Blick scheint das durchaus sinnvoll: Können wir es uns in dieser Situation wirklich leisten, Flächen einfach unproduktiv liegen zu lassen, können wir angesichts drohender Hungersnöte und Versorgungsengpässe tatsächlich auf Pflanzenschutzmittel verzichten und damit und damit Ernteauffälle riskieren? Nein, hat die EU-Kommission entschieden, das können wir nicht. Jetzt ist Krieg, jetzt müssen wir den Menschen in der Ukraine, den Landwirten, den Hungernden helfen.

Allein: Mit diesen Maßnahmen tun wir es gerade nicht. Das beschlossene Vertagen der Reformen für mehr Nachhaltigkeit dürfte zwar den Agrarlobbyisten große Freude bereiten, aber kurzfristig wird es gar nicht mehr Getreide zu den Hungernden bringen. Wollen wir die Märkte tatsächlich jetzt gleich entlasten, dürfen wir Weizen, Mais und pflanzliche Öle nicht mehr zur Erzeugung von Biokraftstoffen verwenden. Außerdem wäre es dringend geboten, die Fleischproduktion zu senken, die Spekulation mit Lebensmitteln zu verhindern und die Verschwendung von Lebensmitteln zu verbieten – so wie es der Aufstand der letzten Generation fordert.

Doch vor diesen grundsätzlichen Änderungen der Agrar- und Wirtschaftspolitik drückt sich die EU. Der Vorsitzende Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Niedersachsen, der Milchbauer Ottmar Ilchmann, hat das klar ausgesprochen: Trotz längst erreichter Einigung wollen die Agrarverbände jetzt im Windschatten des Ukraine-Krieges die Uhren zurückdrehen. Dafür wollen sie alles auf den Prüfstrand stellen, als ob es keine wissenschaftlichen Erkenntnisse gäbe – und als wäre der Klimawandel bereit, solange vor der Tür zu warten. Immerhin hat die Bundesregierung entschieden, den EU-Beschluss zur Preisgabe der ökologischen Flächen nicht komplett umzusetzen. Immerhin: Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hat sich den Forderungen der Lobbyisten widersetzt, im Bundesrat wurde ein Kompromiss verabschiedet. Die sogenannten ökologischen Vorrangflächen dürfen in diesem Jahr beweidet und auch als Futter genutzt werden, doch Pestizide und Dünger bleiben verboten.

Aus gutem Grund: Landwirte wie Ilchmann haben die Folgen der Klimakrise längst auf ihren eigenen Weiden und Feldern zu spüren bekommen, genau wie die Unerbittlichkeit der Weltmärkte mit ihren volatilen Erzeugerpreisen, die eine nicht-nachhaltige, ausbeuterische, billige Produktion belohnen. Jetzt kommt dramatisch hinzu, dass die globalen Märkte auf Friedenszeiten ausgerichtet sind. Sie funktionieren nicht, wenn einzelne Länder ausfallen. Auch in Deutschland fehlt es inzwischen an Dünger aus Russland und Tierfutter aus der Ukraine.

Diese ohnehin hochgefährliche Gemengelage sich überlagernder und gegenseitig verstärkender ökologischer Krisen erfordert eine komplette Transformation unserer Agrar- und Ernährungssysteme, die nun – als Folge des Krieges – gleichzeitig mit einer weltweiten Hungerkrise bewältigt werden muss.

Spätestens beim plötzlichen Anstieg der Lebensmittelpreise der Jahre 2007 und 2008 ist deutlich geworden, dass das weltweit dominierende industrialisierte Agrar- und Ernährungssystem nicht resilient genug ist, um auf Kriege und Krisen zu reagieren. Die Agrarmärkte sind ebenso globalisiert wie der Rest der Wirtschaft. In der neoliberalen Wirtschaftstheorie gilt das noch immer als erstrebenswert. Nach der Theorie des komparativen Kostenvorteils soll jedes Land das anbauen, was es unter seinen herrschenden geographischen Bedingungen am besten und günstigsten produzieren kann. So spezialisierte sich die Ukraine auf Sonnenblumen und Weizen, Argentinien und Brasilien auf gentechnisch veränderte Sojabohnen, Indonesien auf Palmöl und so weiter – immer unter strenger Missachtung elementarer Zusammenhänge des Ökosystems.

Schon in Friedenszeiten war das ein höchst fragiles System: Während an den Börsen durch die Spekulation mit Agrarrohstoffen Geld verdient wurde, bedrohten die starken Schwankungen der Erzeugerpreise oft die nackte Existenz von Kleinbäuerinnen und -bauern und von armen Menschen. Seit der Krieg gegen die Ukraine die globalen Warenströme abrupt unterbrochen hat, liegt nun ganz offen zutage, wie wenig resilient die weltweite agrarische Arbeitsteilung ist.

Vegetarisch solidarisch

Wie aber könnte ein krisenfestes Agrarsystem aussehen, das dem Klima nicht schadet und Biodiversität erhält oder besser noch: wieder zurückbringt?

Ein internationales Team von Medizinerinnen und Erdsystemwissenschaftlerinnen – die EAT-Lancet-Commission – hat 2019 untersucht, wie sich 10 Milliarden Menschen im Jahr 2050 gesund ernähren können, ohne dabei die natürlichen Systeme, von denen wir Menschen abhängen, zu gefährden. Das Ziel müsse eine planetare Gesundheit sein, dazu gehören sauberes Wasser und saubere Luft, fruchtbare Böden und die biologische Vielfalt. Das Konzept wurde entwickelt, weil die Bedeutung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch die Verfasstheit der Ernährungssysteme für Ernährungssicherheit und öffentliche Gesundheit viel zu lange gar nicht betrachtet wurden. Dabei sei, so die EAT-Lancet-Commission, Ernährung der größte einzelne Hebel, mit dem man gleichzeitig Gesundheit und Umwelt verbessern könne. Eine gesunde Ernährung für zehn Milliarden Menschen innerhalb der planetaren Grenzen sei möglich, allerdings nur mit einer anders gefüllten Speisekammer: Der weltweite Konsum von Obst, Gemüse, Nüssen und Hülsenfrüchten müsse sich verdoppeln, fordert die EAT-Lancet-Commission, und der Konsum von Zucker und rotem Fleisch dagegen müsse um mehr als die Hälfte zurückgehen .

Die EAT-Lancet-Commission zielt allerdings – anders als konservative Agrarpolitiker und Agrarlobbyisten im Hinblick auf den Ukraine-Krieg nicht auf Mengensteigerung der Agrarrohstoffe, sondern auf eine größere Vielfalt und eine bessere Verfügbarkeit.

In Kalorien gerechnet werden seit vielen Jahren ausreichend Lebensmittel für alle Menschen auf der Welt produziert. Doch während Millionen von Menschen im Überfluss zu viel vom Falschen essen und davon dauerhaft krank werden, gab es schon lange vor dem Krieg 800 Millionen hungernde und noch viele weitere Millionen unter- oder

mangelernährte Menschen. Für tierische Produkte werden 75 Prozent aller landwirtschaftlich genutzten Flächen gebraucht – obwohl die Branche nur 18 Prozent der Kalorien und 37 Prozent der Eiweiße für die Ernährung der Menschen liefert. Und weil es heute auf der Welt so viele Tiere in Ställen gibt wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit, sind auch die weltweiten Emissionen aus dem Fleischsektor so ungeheuer hoch. Es leben dreimal so viele Hühner wie Menschen auf der Welt, das gesamte Gewicht der Tiere in der Landwirtschaft ist fünfzehnmal so hoch wie das Gewicht aller Wildtiere zusammen. Und beinahe 60 Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen der Lebensmittelproduktion entstammen der Fleisch- und Milchbranche.

Problematisch sind dabei nicht die Viehweiden auf Böden, auf denen kein Ackerbau möglich ist, etwa den Steppen und Savannen oder – in Deutschland - in den Mittelgebirgen oder an der Küste. Hier verwandeln Rinder oder Schafe Gras in Milch, Fleisch oder Käse – und das ist sehr effizient und gleichzeitig klimafreundlich, weil Gräser in ihrer Wurzelmasse viel CO₂ speichern können. Weidende Tiere nehmen zwar langsamer zu als Stalltiere, die mit Getreide gefüttert werden – aber sie werden dabei keine Nahrungskonkurrenten des Menschen.

Weltweite Ernährungssicherheit mit weniger Fleisch

Hochproblematisch sind die großen Ackerflächen, auf denen Futter für Tiere angebaut wird, Soja, Mais oder auch Getreide. Das passiert auf einem Drittel aller Felder. Auch wenn Schweine, Hühner und Puten in den letzten Jahrzehnten so gezüchtet wurden, dass sie mit immer weniger Futter immer schneller zunehmen, bleibt die Herstellung von Fleisch im Vergleich zu pflanzlicher Nahrung eine dramatische Verschwendung.

Wer den Hunger in der Welt wirksam bekämpfen will, muss daher dafür sorgen, dass weniger Tiere in den Ställen stehen. Auch das gängige Argument, man könne die Tiere ja nicht verhungern lassen, ist angesichts der kurzen Reproduktionszyklen der industriellen Tierhaltung nicht stichhaltig.

Würde jetzt ein Teil der Sauer nicht neu besamt, wäre die Zahl wäre die Zahl der Mastschweine in knapp vier Monaten deutlich verringert; bei Geflügel würde sich schon in wenigen Wochen auswirken. Die EU-Hilfszahlungen für vom Krieg betroffene Agrarbetriebe und auch die öffentlichen Fördergelder, etwa für neue Stallbauten, müssten

daher unbedingt an eine Reduktion der Tierzahlen gebunden werden. Die Aufgabe der Agrarpolitik wäre es, dafür zu sorgen, dass die Betriebe auch mit weniger Tieren ein Auskommen haben.

Für die Ressourcenforscher war schon vor Beginn des Krieges eines völlig klar: Wenn sich bis zu zehn Milliarden Menschen auf der Welt innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen gesund ernähren wollen, dann geht das nur mit viel weniger Fleisch, als heute in den reichen Ländern gegessen wird. Deshalb sollte die EU mit ihrer halben Milliarde an Hilfsgeldern für die Landwirtschaft nicht den Kauf von Tierfutter finanzieren, sondern den Umstieg zu weniger Tieren mit besserer Haltung.

All das wirkt allerdings nur dann, wenn tatsächlich auch weniger Fleisch gegessen wird und wir nicht mehr Fleisch aus anderen Ländern importieren. Deshalb müssen die EU und die nationalen Regierungen jetzt den Mut haben, klar zu kommunizieren, dass Berge von Fleisch auf dem Teller dem Klima schaden und den Welthunger schüren, so wie es die grünen Minister Robert Habeck und Cem Özdemir und die sozialdemokratische Entwicklungsministerin Svenja Schulze kürzlich getan haben.

Ein weiterer wichtiger Hebel, um die Hungerkrise abzumildern, ohne sie globalen Klima- und Biodiversitätskriterien aus dem Auge zu verlieren, ist die Reduktion der Lebensmittelverschwendung. Im aktuellen System der Handelsklassen werden Obst und Gemüse wegen winziger Formfehler aussortiert und vernichtet. Ganz zu schweigen von der ungeheuren Vernichtung von Lebensmitteln an jedem Ende eines gewöhnlichen Verkaufstages oder auch nach Ablauf des Haltbarkeitsdatums. Immerhin: In Frankreich gibt es bereits ein Gesetz, das Supermärkte dazu verpflichtet, nicht gekaufte Lebensmittel zu spenden. Deutschland sollte sich dem dringend anschließen.

Denn ohne diese umfassende Transformation nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Lebensmittelwirtschaft und der Konsumgewohnheiten der Menschen wird der Hunger in der Welt nicht ab-, sondern weiter zunehmen – zumal in Kriegszeiten.

Tanja Busse, Dr.phil., ist Philosophin und freie Journalistin